

The background of the entire cover is a light blue gradient with numerous Euro banknotes of various denominations (50, 100, 200) falling from the top, creating a sense of motion and financial flow.

JOST F. NOLLER

AUSLAUFMODELL SOZIALSTAAT?

Grundeinkommen für alle
oder Umbau der Sozialsysteme in Deutschland?

R. G. Fischer

Unverkäufliche Leseprobe der Verlags- und Imprintgruppe R.G.Fischer

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung der Texte und Bilder, auch auszugsweise, ist ohne Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar.

Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder für die Verwendung in elektronischen Systemen.

© Verlags- und Imprintgruppe R.G.Fischer Verlag

Jost F. Noller

Auslaufmodell Sozialstaat?

Grundeinkommen für alle – oder
Umbau der Sozialsysteme in Deutschland?

R. G. Fischer Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2009 by R.G.Fischer Verlag
Orber Str. 30, D-60386 Frankfurt/Main
Alle Rechte vorbehalten
Schriftart: New Century
Herstellung: RGF / NL
Printed in Germany
ISBN 978-3-8301-1300-3

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	9
2. Arbeit früher und heute.....	12
2.1. Die Entwicklung von der vorindustriellen zur industriellen Arbeitswelt	12
2.2. Der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft	17
3. Geht uns die Arbeit aus?	21
4. Exemplarische Lösungsansätze	28
4.1. Jeremy Rifkin	28
4.2. Harry Hoefnagels	30
4.3. Frithjof Bergmann.....	32
4.4. André Gorz.....	33
4.5. Bedingungsloses Grundeinkommen (Götz W. Werner, Thomas Straubhaar)	38
4.6. Solidarisches Bürgergeld (Dieter Althaus und andere)	47
4.7. Existenzgeld (Horst W. Opaschowski).....	53
4.8. Die Problematik der Entkoppelung des Sozialtransfers von der Arbeit	55
4.9. Der Mittelweg: Bürgergeld für Bürgerarbeit (Ulrich Beck).....	75
4.10. Sonstige Ansätze	79
4.11. Der bleibende Handlungsbedarf	82

5. Die spezielle deutsche Situation	85
5.1. Veränderungen der Beschäftigung	85
5.2. Die deutschen Sozialsysteme	87
5.3. Die Krise der Sozialsysteme	92
5.4. Die Gefahr der Abwärtsspirale	95
6. Arbeit und Sozialsysteme:	
Das erforderliche Eingreifen der Politik	97
6.1. Eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit (Zitat Horst Köhler).....	97
6.2. Gründe für die Notwendigkeit einer Entlastung des Faktors Arbeit.....	99
6.3. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten	101
6.3.1. Vorteile einer solchen Regelung für den Arbeitsmarkt	104
6.4. Die notwendige Reform der Sozialversicherungen.....	106
6.4.1. Die Rentenversicherung	107
6.4.2. Arbeit im Alter und Altersgrenze.....	112
6.4.3. Die übrigen Sozialversicherungen.....	112
6.5. Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit und Mindestlöhne	115
6.6. Altersaufbau und Zuwanderung	118
6.7. Die Rolle von Bildung und Weiterbildung	119
7. Die internationale Dimension	123
8. Resümee und Ausblick	125

Anmerkungen	133
Kap. 1 (Einleitung)	133
Kap. 2 (Arbeit früher und heute)	133
Kap. 3 (Geht uns die Arbeit aus?).....	135
Kap. 4 (Exemplarische Lösungsansätze).....	136
Kap. 5 (Die spezielle deutsche Situation)	145
Kap. 6 (Arbeit und Sozialsysteme: Das erforderliche Eingreifen der Politik).....	149
Kap. 7 (Die internationale Dimension).....	155
Kap. 8 (Resümee und Ausblick).....	155
Literaturverzeichnis	158
Interviews	165
Sonstige Quellen (ohne Websites)	165
Zeitungen und Zeitschriften.....	166

1. Einleitung

Die Krise des Sozialstaats ist ein derzeit in Deutschland heiß diskutiertes Thema.

Seit der Ölkrise Mitte der 1970er-Jahre ist in der Bundesrepublik Deutschland, wie in den meisten anderen westlichen Industrienationen auch, eine auf lange Sicht gesehen stetig ansteigende strukturelle Arbeitslosigkeit zu beobachten, die das System des deutschen Sozialstaats zunehmend belastet. Die Folge war nicht nur ein ständiger Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge, sondern auch eine immer weiter anwachsende Staatsverschuldung. Dazu kommt eine kontinuierlich ansteigende Überalterung der deutschen Gesellschaft, deren Ursachen in einem starken Geburtenrückgang seit Ende der 1960er-Jahre (sog. »Pillenknick«) und einer dank des medizinischen Fortschritts immer weiter ansteigenden Lebenserwartung zu suchen sind. Die Wiedervereinigung Deutschlands führte aufgrund der niedrigen Arbeitsproduktivität der Staats- und Genossenschaftsbetriebe in der früheren DDR dort zum wirtschaftlichen Zusammenbruch vieler Betriebe und in denen, die erfolgreich von westlichen Firmen übernommen worden sind, erstmals zur Freisetzung vieler Arbeitnehmer. Die Folgen sind bis heute an der wesentlich höheren Arbeitslosenrate in den neuen Ländern (etwa doppelt so hoch wie in den alten Ländern) zu erkennen. Diese für die in der DDR aufgewachsenen Menschen neue wirtschaftliche Unsicherheit führte dann zudem noch zu einem dramatischen Geburtenrückgang in den neuen Ländern.

Doch haben der technologische Fortschritt, die Integration der früheren Staatshandelsländer in den freien Weltmarkt, das vermehrte Auftreten von Schwellenländern (speziell Chinas und anderer asiatischen Länder) als Konkurrenten auf dem Markt industriell erzeugter Güter, der vermehrte Abbau industrieller Arbeitsplätze in den hoch entwickelten Ländern und der Ausbau der Beschäftigung im Dienstleistungssektor bei uns zu einer stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarkts

geführt, wobei sich »die Flexibilitätsforderung ... auf Arbeitsort, Arbeitszeit, Arbeitsinhalt, Arbeitgeber, Arbeitsqualifikationen und auch Arbeitseinkommen« erstreckt.¹ Dazu ist noch ein erheblicher Anstieg sogenannter prekärer Beschäftigungen gekommen.

Zwar haben die von der Regierung *Schröder* eingeleiteten Reformen (Agenda 2010 und sog. Hartz-Gesetze) neben einer günstigen Weltkonjunktur dazu beigetragen, bis Herbst 2008 die Arbeitslosigkeit von fünf auf etwa drei Millionen zu senken, doch wurden dadurch auch neue Beschäftigungsverhältnisse im untersten Einkommensbereich ermöglicht, bei denen die Beschäftigten oft auf Staatszuschüsse angewiesen bleiben, wobei die Beschäftigungen auch noch häufig zeitlich begrenzt sind. Diese nur niedrig entlohnten und zunehmend prekären Beschäftigungen haben somit auch in Deutschland das Phänomen der »working poor« zutage gebracht, das zuvor hauptsächlich aus angelsächsischen Ländern (speziell den USA) bekannt gewesen war.

All diese Erscheinungsformen des globalisierten Kapitalismus haben der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wieder Auftrieb gegeben. Seine Befürworter gehen von der Prämisse aus, dass eine Vollbeschäftigung mit existenzsichernden Löhnen nicht wieder herzustellen sei. Dabei werfen sie die Frage auf, ob die Mittel, die bislang zur Finanzierung eines immer mehr ausufernden Sozialstaats aufgewendet werden, nicht einfacher für ein allgemeines Grundeinkommen zu verwenden wären. So fiel dann auch der ganze bürokratische Aufwand dieses Sozialstaats mitsamt seinen Überprüfungen von Berechtigungen wie auch der Frage weg, ob einem Empfänger von Sozialleistungen die Annahme einer bestimmten Arbeitsstelle zugemutet werden könne oder nicht. Doch gibt es auch Vorschläge, neue Wege der Beschäftigung zu suchen und diese nicht nur zu organisieren, sondern auch zu finanzieren. Diese Vorschläge werden exemplarisch vorgestellt und diskutiert.

Ist man der Ansicht, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen kein Königsweg zur Lösung der Krise der Arbeitsgesellschaft ist, muss man sich in erster Linie Gedanken um eine nachhaltige Reform unserer Sozialsysteme machen. Diese werden nicht nur durch eine relativ hohe Sockelarbeitslosigkeit, sondern auch durch die zunehmende Überalterung unserer Gesellschaft belastet, wobei die vollen Auswirkungen der demografischen Entwicklung erst noch zu erwarten sind. Der kritische Punkt bei der Finanzierung unserer Sozialsysteme ist der, dass sie in einer Zeit, in der immer mehr menschliche Arbeit durch Rationalisierung und Automatisierung wegfällt, eben einseitig diesen Faktor Arbeit belasten. Und genau an diesem Punkt setzt der Verfasser auch bei seinen Vorschlägen an.

Die 2008 aufgetretene globale Finanzkrise hat mit der ihr folgenden weltweiten Rezession den dargestellten Fragestellungen eine neue Aktualität beschert. Vor allem aber lässt sie die optimistische Erwartung, mithilfe eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums ließen sich die Probleme der Beschäftigung und des Sozialstaats weitgehend in den Griff bekommen, als Wunschdenken erscheinen. Die Reaktion der wirtschaftlich hoch entwickelten Länder bestand zunächst darin, mit einem klassischen keynesianischen »deficit-spending«-Programm die Krise abzufedern. Doch haben sie damit eine Steigerung der schon bestehenden erheblichen Staatsverschuldung in Kauf genommen. Diese erhöhte Staatsverschuldung wird aber aufgrund des dadurch erhöhten Schuldendienstes die Haushaltsspielräume dieser Staaten in Zukunft einengen und so auch einer weiteren Steuerfinanzierung des Sozialstaates Grenzen setzen.

Dieser Umstand macht somit die vom Verfasser eingeforderte grundlegende Reform der Sozialversicherungen und ihrer Finanzierung umso dringlicher.

2. Arbeit früher und heute

2.1. *Die Entwicklung von der vorindustriellen zur industriellen Arbeitswelt*

Arbeit ist schon immer ein zentraler Bestandteil des menschlichen Lebens gewesen. In der frühen vorgeschichtlichen Zeit spielte sie sich ausschließlich im Rahmen der Horde oder Sippe ab, um das Überleben dieser Gruppe zu sichern. So standen die Nahrungsbeschaffung, die Herstellung der notwendigen Gerätschaften einschließlich der Waffen, die Erhaltung des Herdfeuers, aber auch die Errichtung und der Erhalt von Behausungen wie von Kleidung im Mittelpunkt. Mit der Einführung des Ackerbaus wurde die Feldarbeit zur wichtigsten Arbeit. Erst in den ersten Hochkulturen wurde mit der Entwicklung von Städten eine zunehmende Differenzierung der Tätigkeiten ermöglicht. Voraussetzung dafür war gewesen, dass die Landwirtschaft einen Überschuss an Nahrungsmitteln produzierte, womit dann die Stadtbewohner, die anderen Tätigkeiten (hauptsächlich Handwerk und Handel, aber auch Tätigkeiten im Dienste des Herrschers oder der jeweiligen Religion des Herrschertums) nachgingen, miternährt werden konnten. Militärisch schlagkräftige Stämme und Reiche konnten dann durch die Unterwerfung benachbarter Völkerschaften auch Sklavenarbeit nutzen.

Sklavenarbeit stellte dann auch ein wesentliches Merkmal der antiken Gesellschaften rund um das Mittelmeer dar. »Im antiken Griechenland und Rom definierte sich Freiheit nicht zuletzt oder sogar vornehmlich durch frei sein von Arbeit.«¹ In den antiken griechischen Stadtstaaten wurde die notwendige Arbeit zu einem beträchtlichen Teil von Sklaven verrichtet, sodass die »besseren« Bürger sich der Kunst, Kultur und Philosophie widmen konnten. Im alten Rom hielten sich die reichen Römer Haussklaven. Aber auch die römischen Latifundien in Italien und den eroberten Provinzen wurden hauptsächlich von Sklaven bewirtschaftet.

Zumindest im europäisch bestimmten Teil der Welt gab es Sklaverei bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, wenn auch nur in den Kolonien. Erst 1833 schaffte das britische Parlament die Sklaverei im gesamten Empire ab. Die USA als inzwischen unabhängig gewordene vormalige britische Kolonie folgten in den 1860er Jahren, wobei die Aufhebung der Sklaverei eine der Ursachen für den Abfall der Südstaaten von der Union und den darauf folgenden Sezessionskrieg darstellte. In den portugiesischen Kolonien wurde die Sklaverei schließlich 1869 abgeschafft.

In Europa selbst gab es mit Errichtung des Feudalsystems im beginnenden Mittelalter zwar keine Sklaverei mehr, doch das System der Leibeigenschaft hielt einen erheblichen Teil der Landbevölkerung in einer ähnlichen, wenn auch etwas milderen Form der Unfreiheit gefangen. Ein wichtiges Charakteristikum der Leibeigenschaft und anderer Formen der Hörigkeit war die »Bindung an den Boden«. Der unfreie Bauer musste so seinem Grundherrn nicht nur Abgaben entrichten, sondern auch bestimmte Arbeiten bzw. Dienste für ihn verrichten. In den europäischen Städten, die diese Formen persönlicher Hörigkeit nicht kannten, entwickelte sich dann im Mittelalter Handel und Handwerk. In den Städten des Mittelalters und der frühen Neuzeit bestimmten Kaufmannsgilden und Handwerkszünfte nicht nur die Politik, sondern auch die Arbeitsverhältnisse und das sonstige gesellschaftliche Leben. Die Handarbeit in Produktion und Handel wurde vornehmlich von Handwerksgesellen und Tagelöhnern verrichtet. Arbeit gewann in der Stadt des Mittelalters eine »zentrale Bedeutung«, speziell die »qualifizierte, berufsförmige, ehrbare, also sozial und kulturell genormte Arbeit«, weil sie »diametral anders als in der antiken Polis ... mit Freiheit, Zugehörigkeit und Bürgerrecht verknüpft und verschränkt« war.²

Durch das Christentum hatte die Arbeit einen eigenen ethischen bzw. sakralen Wert erhalten. Das Christentum »begriff Arbeit als Fluch und Segen, Strafe und göttlichen Auftrag zugleich.«³ Das aus der hebräischen Schöpfungsgeschichte

übernommene Gebot, »am siebten Tage zu ruhen«, wurde implizit so gedeutet, dass die übrigen sechs Tage der Woche der Arbeit zu dienen hatten. Dazu kommen die anlässlich der Vertreibung aus dem Paradies überlieferten biblischen Worte: »Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen.«⁴ Ähnliches besagt eine Stelle in dem Paulus zugeschriebenen 2. Thessalonicherbrief, wo es heißt: »Wenn jemand nicht arbeiten will, soll er auch nicht essen.«⁵ In der mittelalterlichen Klosterkultur wurde die Pflicht zur Arbeit und die Pflicht zum Gebet als gleichrangig erachtet (»ora et labora«). Bei den Benediktinern wurde sogar »das Nichtstun« als »eine Gefahr für die Seele« bewertet.⁶ Die calvinistische Version des Protestantismus ging dann noch weiter und stellte eine Verbindung zwischen dem Erfolg der Arbeit und der Erlösung her.⁷ Diese Lehre »von der Arbeit als Quelle aller Werte« übertrug sich mit der Ausbreitung des kapitalistischen Systems dann auch auf nicht protestantisch geprägte Teile der Welt.⁸

In der frühen Neuzeit, die in Kontinentaleuropa zur Herausbildung des Absolutismus und des Merkantilismus führte, versuchte man das immer größer werdende städtische Lumpenproletariat durch die Errichtung von Arbeitshäusern zu disziplinieren. Diese wurden dann mit dem Einsetzen der Industrialisierung hinfällig, da die Arbeitskräfte jetzt in der aufkommenden Industrie beschäftigt werden konnten. Die durch die Industrialisierung und der damit verbundenen Aufhebung feudaler Beschränkungen, aber auch durch verbesserte Hygiene und neue medizinische Erkenntnisse verursachte Bevölkerungsexplosion konnte durch die Möglichkeit der Auswanderung der überzähligen Bevölkerung in die neuen Kolonien bzw. in die USA entschärft werden. Die im Zuge der Französischen Revolution und der Bauernbefreiung von der Grundherrschaft befreiten Bauern, aber auch die nachgeborenen Söhne der im Agrarsektor Verbliebenen wanderten zu einem erheblichen Teil in die Städte ab und trugen dort zur Herausbildung der Industriearbeiterschaft bei.

Die Industrielle Revolution veränderte die Arbeitswelt grundlegend. Hatte bis dahin die Mehrheit der Menschen in bäuerlichen Existenzen auf dem Lande gelebt, wo sie größtenteils Nahrungsmittel für den Eigenbedarf produzierten, machte die Industrialisierung letztendlich aus den meisten dieser früheren Bauern städtische Lohnarbeiter, die einer in der Regel mit Geld entlohnten Erwerbsarbeit nachgehen. Die Arbeit entwickelte sich dabei »zum Zentralwert der modernen Industriegesellschaft«. ⁹ Schon im Wort »Industrie« manifestiert sich die neue, bürgerliche Arbeitsmoral – bedeutet der lateinische Begriff *industria* doch »Fleiß, Betriebsamkeit«. ¹⁰ Mithilfe des Einsatzes von Maschinen, zu deren Einsatz Kapital benötigt wird, über das damals nur eine kleine Oberschicht verfügte, konnte die Arbeitsproduktivität in ungeahntem Ausmaße gesteigert werden. Dieser Prozess dauert noch immer an. Die neue Form der Massenfertigung und Serienproduktion in arbeitsteiliger Produktionsweise ersetzte zudem weitgehend die handwerkliche Einzelfertigung, was dazu führte, dass die meisten vormaligen Handwerksgesellen sich nun zusammen mit der Masse der in die Städte abgewanderten früheren Bauern im neu entstandenen Industrieproletariat wiederfanden. So verlagerte sich der Kern der Wirtschaft von der Landwirtschaft in die industrielle Warenproduktion, durch die jetzt die große Mehrheit der Bevölkerung voll in die Geldwirtschaft mit einbezogen wurde. War in der vorindustriellen Gesellschaft die Mehrzahl der produktiven Tätigkeiten innerhalb eines vornehmlich auf Eigenproduktion und Eigenkonsum beruhenden Systems geleistet worden, wurde »mit der Entwicklung der Industriellen Revolution Geld zum entscheidenden Instrumentarium für die Organisation des neuen Produktionssystems«. ¹¹ Die bezahlte Erwerbstätigkeit wurde so durch die Industrialisierung zur Standardbeschäftigung und »Arbeit« somit »zum fast alternativlosen Wert- und Integrationskern moderner Gesellschaften«. ¹² Dazu kam die »administrativ-gesetzliche Normierung der Arbeit und ihres Begriffs«. ¹³

Andererseits wurden Tätigkeiten wie zum Beispiel Haushaltsführung, Kinderaufzucht oder die Pflege von kranken oder

hinfälligen Familienmitgliedern, die im früheren Selbstversorgungssystem als ebenso wichtig wie die Erzeugung von Nahrungsmitteln oder die Herstellung von Gegenständen für den eigenen Bedarf gegolten hatten, durch die vollständige Einbindung in die Geldwirtschaft als nicht mehr produktiv bewertet, da sie nicht mit Geld vergütet werden.¹⁴ Vielmehr wurde »die Bereitstellung von bezahlter Arbeit ... zum entscheidenden Instrument der Bekämpfung der Armut und zugleich zur Einbindung der Menschen in die gesellschaftliche Ordnung«. ¹⁵ Im frühen Industriezeitalter gab es – von den Knappschaften einmal abgesehen – kein soziales Sicherungssystem für die in der Industrie Beschäftigten. Die Menschen waren gezwungen, ihre Arbeitskraft zu den von den Unternehmern vorgegebenen Bedingungen zu verkaufen. Wer nicht arbeiten konnte, blieb mittellos. Doch auch die, die arbeiteten, mussten oft am oder gar unterhalb des Existenzminimums dahindarben. Bis zum Erlass entsprechender Schutzbestimmungen war die Arbeitswelt sogar zu einem erheblichen Teil von Kinder- und Frauenarbeit geprägt. Da das soziale Netz durch die Großfamilie in den Städten mit ihren äußerst beengten Wohnverhältnissen weggefallen war, gab es praktisch keinen sozialen Schutz im Falle von Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit und Alter mehr. Wer nicht von seiner Familie versorgt werden konnte, blieb auf die Mildtätigkeit seiner Mitmenschen angewiesen. Erst die Aufhebung des Koalitionsverbots ermöglichte es den Arbeitern, Interessenvertretungen in Form von Gewerkschaften zu bilden und somit für höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Die Demokratisierung des politischen Herrschaftssystems führte dazu, dass auch auf die Interessen der Arbeiter, die schließlich auch Wähler sind, Rücksicht genommen werden musste. So wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts begonnen, soziale Sicherungssysteme für die Wechselfälle des Lebens (Krankheit, Unfall, Erwerbsunfähigkeit und später auch Erwerbslosigkeit) wie auch für das Alter (Altersbezüge in Form einer Rente) einzuführen, die auf dem Prinzip der Erwerbsarbeit (in der Regel Beitragszahlung durch die Beschäftigten wie auch durch die Arbeitgeber

sowie Leistungen bei Rente oder Arbeitslosengeld nach Höhe der Einzahlung) beruhen. Durch das so entstandene »Netz sozialer Sicherungssysteme« entwickelte sich die Erwerbsarbeit auch zu einem »Kriterium der Zugehörigkeit zur Gesellschaft« und trug so zur »Integration der Gesellschaft als Nationalstaat« bei.¹⁶

Trotz periodisch auftretender Konjunkturflauten und der »Großen Depression« in den 1930er- Jahren sorgte die Ausweitung der industriellen Produktion in den Industrieländern bis in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein für Wirtschaftswachstum und Stellenzuwachs im industriellen Bereich. So ist speziell in den 1960er-Jahren bis zur 1. Ölkrise 1973 eine signifikante Arbeitsmigration aus Südeuropa, der Türkei, Nordafrika und im Falle Großbritanniens sogar aus allen Teilen des Commonwealth in die Industriestaaten Mittel- und Westeuropas zu verzeichnen. Wenn auch die Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg dabei eine Rolle gespielt hat, muss doch von einer eminenten Zunahme der industriellen Arbeitsplätze bis zur ersten Ölkrise Mitte der 1970er-Jahre ausgegangen werden. Dazu kam noch eine bedeutende Ausweitung der Frauenarbeit.

2.2. Der Übergang zur postindustriellen Gesellschaft

Nun ist es etwa seit der Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so, dass die Beschäftigtenzahl im produzierenden Gewerbe trotz Produktionssteigerung im Abnehmen begriffen ist. Damit wurde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Wende zur nachindustriellen oder »postindustriellen« Gesellschaft eingeläutet. So ist z.B. in den USA seit 1950 der Anteil der Industriearbeiter von 31 auf 12 Prozent der Beschäftigten geschrumpft¹⁷ und in Deutschland gingen von 1991 bis 1999 im produzierenden Gewerbe 4,5 Millionen Arbeitsplätze verloren – zugegebenermaßen ein Großteil davon als Folge der Wiedervereinigung in den neuen Ländern. Im Jahrzehnt von 1994 bis 2004 waren es 2,2 Millionen Arbeits-

plätze, die im produzierenden Gewerbe wegfielen.¹⁸ Andererseits nahm die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich zu. Die »größte Beschäftigungsdynamik« verzeichneten dabei in Deutschland von 1991 bis 2005 die »direkten unternehmensnahen Dienstleistungen« mit einer Verdopplung der Beschäftigten.¹⁹

Inwieweit die Zunahme der Beschäftigung im Tertiärsektor den Rückgang im Sekundärsektor kompensieren konnte (zur Definition dieser Sektoren siehe die Tabelle »Verteilung der Beschäftigung nach Sektoren« in Kapitel 3), ist nur schwer feststellbar, da in diese Zeit auch der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben fällt, die Frauenarbeit weiter zugenommen und die Zuwanderung trotz administrativer Gegenmaßnahmen weiter angehalten hat. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa erreichte die Zuwanderung ins wiedervereinigte Deutschland zu »Beginn der neunziger Jahre ... historische Höchststände«, vor allem durch deutschstämmige Aussiedler, die zum größten Teil aus der früheren Sowjetunion kamen.²⁰ Allerdings ist die Bilanz für die verschiedenen europäischen Industriestaaten unterschiedlich. Auf Westeuropa bezogen kann aber pauschal konstatiert werden, dass die Arbeitslosigkeit bis Ende des 20./Anfang des 21. Jahrhunderts spürbar angestiegen ist.

Doch muss beim Anstieg der Beschäftigung im Tertiärsektor berücksichtigt werden, dass viele Dienstleistungen inzwischen »ein inhärenter Teil des Produktionsprozesses sind und sich folglich nicht davon loslösen lassen, als seien sie völlig unabhängig« davon.²¹ Ganz allgemein wird man wohl sagen können: Je komplizierter bzw. technisch anspruchsvoller ein Produkt ist, desto höher ist sein »Dienstleistungsanteil«. Dies beginnt mit der Forschung und Entwicklung, deren Bedeutung während des letzten Jahrhunderts zunehmend gewachsen ist und in Zukunft noch weiter wachsen wird, da der technologische Fortschritt immer weiter und immer schneller voranschreitet. Produktion wie Installation, Bedienung und Wartung eines technisch anspruchsvollen Produkts machen eine entsprechende Ausbildung des Personals erforderlich,

was bedeutet, dass Bildung und Ausbildung an Umfang wie Bedeutung in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen haben. Da außerdem immer mehr Teile von Zulieferern kommen, spielen Produktabstimmung und Logistik eine größere Rolle. Dazu kommt die Vermarktung und Distribution, die aufgrund der Spezialisierung, der internationalen Arbeitsteilung, des gewachsenen Güteraustausches wie auch des gestiegenen Welthandelsaufkommens einen weitaus größeren Stellenwert einnimmt. Gerade die zuletzt genannten Punkte machen auch ein funktionierendes Datenverarbeitungssystem notwendig, dessen Betreuung dann oft durch IT- und Softwarespezialisten wahrgenommen wird. Dazu kommt, dass der Betrieb bzw. die Nutzung technisch anspruchsvoller Installationen ebenfalls speziell geschultes Personal erfordert. Als letzter Punkt ist dann noch die Entsorgung bzw. das Recycling ausgedienter Produkte zu erwähnen, die eine eigene Infrastruktur nötig machen, deren Nutzung ebenfalls Personal erfordert. Dies alles erklärt dann auch den überdurchschnittlichen Beschäftigungszuwachs in den unternehmensnahen Dienstleistungen.

Doch gibt es auch Dienstleistungen, die weitgehend unabhängig von der Güterproduktion sind. Während die Entlohnung der in der Produktion beschäftigten Arbeitnehmer mit dem Produktivitätsfortschritt ansteigen konnte, hat sich in gewissen Dienstleistungsbereichen zuerst in den USA, aber inzwischen auch in Westeuropa ein Niedriglohnsektor herausgebildet. Diese Niedriglohnbeschäftigten, die auch als »working poor« bezeichnet werden, üben teilweise mehrere Jobs aus oder müssen in manchen Fällen trotz ihrer Erwerbstätigkeit durch staatliche Sozialleistungen unterstützt werden. Ein weiteres Problem stellt die sogenannte Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse dar. Darunter versteht man die Zunahme von unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, die immer häufiger durch Zeiten von Beschäftigungslosigkeit unterbrochen werden. So »nehmen« inzwischen »die prekären und ›atypischen‹ Beschäftigungsverhältnisse schneller zu als die traditionellen ›Normalarbeitsverhältnisse«.²²

Der Produktivitätsfortschritt, der im Wesentlichen mit der

Industrialisierung begonnen hat, hat zuerst zu einer gewaltigen Zunahme der Beschäftigung im Sekundärbereich geführt. Dank der Entstehung der Arbeiterbewegung und der Demokratisierung des politischen Systems hat er dann langfristig auch einen erheblichen Anstieg des allgemeinen Wohlstands bewirkt. Doch mit dem Übergang in die postindustrielle Gesellschaft sinkt der Anteil der in der Produktion Beschäftigten markant. In bestimmten Bereichen nähern wir uns schon einer vollautomatisierten Produktion an, zu deren Steuerung, Durchführung und Kontrolle es nur noch weniger Menschen bedarf. Trotzdem brauchen wir uns vor einem »Paradies-Paradox«²³ wohl nicht zu fürchten. Im Prinzip wäre dieses Paradox sowieso nur auf den Sekundärssektor bezogen denkbar. Das Paradies wird so beschrieben, dass dann alle Güter vollautomatisch ohne irgendwelche Kosten für Arbeit hergestellt werden können, es so praktisch auch keine Mühsal der Arbeit mehr gibt. Es herrscht dann der totale Überfluss an Gütern. Doch, und das ist das Paradox, da dann praktisch niemand mehr Arbeit hat, hat auch niemand mehr Geld, um solche Waren zu kaufen, denn die Arbeitslosigkeit ist umfassend und ein Arbeitseinkommen gibt es deshalb nicht mehr. So ist dieses Paradies gleichzeitig eine Hölle.